

Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Stuttgart über das Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung für ein Vorhaben gemäß §§ 5 ff. des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die terranets bw GmbH beabsichtigt, das bestandskräftig planfestgestellte Vorhaben zur Süddeutschen Erdgasleitung (SEL), Abschnitt III Siegelsbach bis Aichwald, abzuändern. In einigen Bereichen (Gemarkungen Kirchhausen, Großgartach, Nordheim, Hausen, Meimsheim, Hohenstein, Bönningheim, Hofen und Erligheim) ist eine Erweiterung des Arbeitsstreifens geplant und an zwei weiteren Standorten eine Verschiebung der Leitungsachse (Gemarkungen Großgartach und Hausen).

Für das Änderungsvorhaben war gemäß §§ 5, 7 Abs.1, 9 Abs.1 S.1 Nr.2, Abs.4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) eine allgemeine Vorprüfung durchzuführen. Zur Vorbereitung der Vorprüfung hat die Vorhabenträgerin gemäß § 7 Abs.4 UVPG geeignete Angaben nach Anlage 2 zum UVPG zu den Merkmalen des Änderungsvorhabens und des Standorts, sowie zu den möglichen zusätzlichen erheblichen Umweltauswirkungen übermittelt. Die allgemeine Vorprüfung hat ergeben, dass unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien weder durch die beabsichtigte Arbeitsstreifenerweiterung, noch durch die Verschiebung der Leitungsachse zusätzlichen erhebliche, nachteilige Umweltauswirkungen auf die in § 2 Abs.1 UVPG genannten Schutzgüter zu erwarten sind.

Die Arbeiten auf den Erweiterungsflächen für den Arbeitsstreifen erfolgen hinsichtlich des Maschineneinsatzes derart, dass es zu keinen weiteren oder höheren Schall- und Staubemissionen durch die Bautätigkeiten kommt. Als Flächen für die Erweiterung des Arbeitsstreifens sind weit überwiegend Ackerflächen betroffen. Die Verschiebung der Leitungsachse betrifft ausschließlich Ackerflächen und einen landwirtschaftlich genutzten Weg. Die Flächen werden insgesamt nach Abschluss der Bauarbeiten kurzfristig wiederhergestellt. Im Umfeld oder innerhalb der Erweiterungsflächen ist das Vorkommen gefährdeter oder geschützter Tierarten möglich. In diesem Zusammenhang kann der Verlust von Individuen und Habitaten, temporären Störungen oder der Eingriff in deren Lebensräume zunächst nicht ausgeschlossen werden. Unter Berücksichtigung der durch die Vorhabenträgerin vorgesehenen Schutzmaßnahmen, sind jedoch auch insoweit keine zusätzlichen erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten. Mit Blick auf die Verschiebung der Leitungsachse werden

die für den planfestgestellten Arbeitsstreifen vorgesehenen, bauvorbereitenden Schutzmaßnahmen für die in diesem Bereich vorkommenden, relevanten Vogelarten weiterhin umgesetzt. Durch die Erweiterung des Arbeitsstreifens wird darüber hinaus zusätzlich Fläche in Anspruch genommen und Boden übererdet, wobei sich keine schutzwürdigen Böden im Bereich der Erweiterungsflächen befinden und die Inanspruchnahme nur temporär und kleinflächig erfolgt. Im Übrigen dient die Erweiterung der Arbeitsflächen der Umsetzung der Vorgaben der DIN 19639, d.h. der Verringerung der baubedingten Einwirkungen auf den Boden. Soweit die Erweiterungsflächen innerhalb von Wasserschutzzonen der Wasserschutzbiete „Leinbachtal“ und „Brackenheim“ liegen, werden die Regelungen der entsprechenden Wasserschutzbereichsverordnungen, wie bereits im Planfeststellungsbeschluss vorgesehen, eingehalten. Die Erweiterungsflächen und die Flächen für die Verschiebung der Leitungsachse liegen nicht auf Flächen mit besonderer klimatischer Bedeutung und zusätzliche betriebs- oder anlagenbedingten Schadstoffe werden weder erzeugt, noch freigesetzt. Das Landschaftsschutzgebiet „Baumbachtal zwischen Erligheim und Walheim, Steinbachtal zwischen Löchgau und Besigheim mit Umgebung, insbesondere Niederberg, Schalkstein und Hart“ wird durch die Erweiterungsflächen nur bauzeitlich kleinflächig in Anspruch genommen. Nach Abschluss der Bautätigkeiten werden die betroffenen Flächen rekultiviert. Soweit die Erweiterung des Arbeitsstreifens auf archäologischen Flächen erfolgt, werden diese Flächen in das archäologische Konzept aufgenommen und bauvorgreifend prospektiert. Gegebenenfalls werden auch bauvorgreifend Ausgrabungen vorgenommen und es erfolgen zusätzlich baubegleitende Untersuchungen. Für eine im Bereich der Achsverschiebung liegende archäologische Fläche ist eine Prospektion vorgesehen.

Nach Anhörung der fachlich zuständigen Behörden und unter Berücksichtigung der allgemeinen Vorprüfung, kommt das Regierungspräsidium Stuttgart zu dem Ergebnis, dass keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben besteht. Diese Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar. Die Anfechtung der Vorprüfungsentscheidung kann nur zusammen mit der Zulassungsentscheidung erfolgen. Die dieser Entscheidung zugrundeliegenden Unterlagen können im Regierungspräsidium Stuttgart, Ruppmannstr. 21, 70565 Stuttgart nach telefonischer Voranmeldung unter Tel. 0711 / 904-12404 eingesehen werden.

Stuttgart, den 04.04.2024

Regierungspräsidium Stuttgart